

# Initiativen der KPÖ

Gemeinderatssitzung am 27.04.2023

## Fragen

Landesförderung der Kinderbildung- und Betreuung	Simon Gostentschnigg
Fiaker im Straßenverkehr	Daniela Katzensteiner

## Dringliche Anträge

Auftraggeberhaftung für Paketdienstleister	Metin Deveci
--	--------------

**Gemeinderat Simon Gostentschnigg**

Dienstag, 25. April 2023

**Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 27. April 2023**

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

**Betrifft: Landesförderung der Kinderbildung- und Betreuung**

**Sehr geehrter Herr Stadtrat,**

Im Herbst 2022 hat Bildungslandesrat Werner Amon ein Entlastungspaket für Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen angekündigt, das die Kostenübernahme für die Sozialstaffeln in den Kinderkrippen sowie für die Überschneidungszeiten durch das Land beinhaltet. Im Oktober hat sich der Grazer Gemeinderat dazu bekannt, die frei werdenden Mittel von „*fünf bis sieben Millionen Euro jährlich*“ wieder im Kinderbildungs- und Betreuungsbereich zu verwenden. Von diesen Zahlen ausgehend, hat die Stadt ein neues K-Schema eingeführt, wird die 1.000 Euro Corona Prämie ausbezahlen. Mit Herbst soll die zweite Überschneidungstunde angeboten werden.

Seit kurzem liegt nun der Entwurf für die Novelle des steiermärkischen Kinderbetreuungsförderungsgesetzes vor. Nach erster Einschätzung der ABI wird die Stadt Graz nämlich ab dem Betreuungsjahr 2023/24 nur 2,4 Millionen Euro an jährlichen Fördermitteln erhalten. Laut der Stellungnahme der ABI werden sich in Graz auch die Elternbeiträge erheblich erhöhen.

Ich stelle daher namens des KPÖ Gemeinderatsklubs folgende

**Frage**

**Gibt es schon Ergebnisse der Verhandlungen, die du mit Bildungslandesrat Werner Amon geführt hast?**

**Gemeinderätin Daniela Katzensteiner BA**

Dienstag, 25. April 2023

### **Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 27. April 2023**

An Frau Stadträtin Claudia Schönbacher

**Betrifft: Fiaker im Straßenverkehr**

Seit Jahren wird von Tierschutzaktivist:innen in anderen Städten, wie Wien oder Salzburg auf die Problematik der Fiaker hingewiesen. Pferde müssen Menschen in Kutschen durch den städtischen Verkehr ziehen und dies vor allem im Sommer bei 30 Grad und mehr. Nicht selten kommt es dabei auch zu schweren Unfällen.

Während in Städten anderer Länder bereits Verbote für Pferdekutschen erlassen wurden, wurde in Graz erstmals wieder im Sommer 2022 eine Kutsche in Graz gesichtet. Die Puntigamer Brauerei bietet auch im Jahr 2023 so genannte „Genussfahrten“ mit der Kutsche durch die Stadt an. Tierschutzaktivist:innen konnten beobachten, wie die Pferde bei teils hohen Temperaturen inmitten des Grazer Stadtverkehrs, beispielsweise über den Dietrichsteinplatz, neben den Straßenbahnen durch die Stadt liefen und dabei äußerst nervös und verängstigt wirkten.

Heutzutage gibt es unzählige Möglichkeiten der Fortbewegung, so dass Pferdekutschen in Städten definitiv nicht mehr zeitgemäß und mit unserem Verständnis von Tierschutz nicht vereinbar sind. Städte wie Prag oder Barcelona machten es bereits vor und haben Pferdekutschenfahrten verboten.

#### **Frage**

**Welche Maßnahmen werden Sie als zuständige Tierschutzreferentin im eigenen Wirkungsbereich treffen, um hier im Sinne der Tiere tätig zu werden?**

**Gemeinderat Metin Deveci**

Donnerstag, 27. April 2023

**Antrag zur dringlichen Behandlung**  
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Betrifft: Auftraggeberhaftung für Paketdienstleister**

Bis zu 17 Stunden Tagesarbeitszeit bei einem Stundenlohn von sechs Euro: Die Enthüllungen rund um die Arbeitsbedingungen im DPD-Verteilerzentrum in Kalsdorf schockieren – Leider sind sie kein Zufall, sondern die logische Folge politischer Entscheidungen, allen voran der Post-Liberalisierung 2011. Diese hat vor allem Lohnabbau und massive Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zugunsten der Profite Privater mit sich gebracht.

Es ist dringend nötig, die Augen vor den offensichtlichen Missständen in der Paketdienst-Branche nicht länger zu verschließen. Konzerne müssen vernünftig kontrolliert werden und es muss sichergestellt werden, dass die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter eingehalten werden.

Mit einer Auftraggeberhaftung, wie es sie zum Beispiel auch für die Bauwirtschaft bereits gibt, wäre genau das möglich: Sie besagt, dass der Generalunternehmer beziehungsweise der Auftraggeber bei der Erbringung von Bauleistungen für das Entgelt und für die Abgaben aus Arbeitsverhältnissen von Subunternehmen haftet. Trifft die Finanzpolizei auf einer Baustelle nicht korrekt angemeldete Maurer oder Handwerker, geht die Strafe an den Generalunternehmer. Das gilt für alle etwaigen arbeitsrechtlichen Missstände im Zusammenhang mit diesem Auftrag.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung**  
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz ersucht den Bundesgesetzgeber auf dem Petitionswege, eine Auftraggeberhaftung im Sinne des Motiventextes in der Paketdienstleisterbranche gesetzlich zu verankern.**